

Newsletter Integration und Migration

AKTUELLES AUS THÜRINGEN

2011: Mehr ausländische Mitbürger in Thüringen

In Thüringen lebten am 31.12.2011 nach einer Auswertung des Ausländerzentralregisters 37.170 ausländische Personen aus 162 Staaten. Das waren nach Mitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik 1.950 Personen bzw. 5,5 % mehr als Ende 2010. Nach Kontinenten gegliedert, liegen die Europäer mit 21.797 Personen bzw. einem Anteil von 59 % an der Gesamtausländerzahl deutlich an der Spitze. Unter ihnen sind 11.441 EU-Bürger, darunter 2.157 Polen, 1.102 Ungarn, 1.033 Rumänen, 991 Bulgaren und 940 Italiener. 10.356 Personen kommen aus den anderen europäischen Staaten. Fast ein Drittel (11.780 Personen bzw. 32 %) der in Thüringen lebenden Ausländer kommen aus Asien. Weitere 1.685 Personen kommen aus Amerika, 1.300 Personen aus Afrika und 58 Personen aus Australien einschließlich Ozeanien. Die russischen Staatsangehörigen bildeten mit 3.075 Personen bzw. 8,3 %

erneut die größte Gruppe der in Thüringen lebenden Ausländer. Es folgen Vietnam mit 2.877 Personen (7,7 %), Polen mit 2.157 Personen (5,8 %), die Ukraine mit 2.026 Personen (5,5 %), die Türkei mit 1.928 Personen (5,2 %), China mit 1.361 Personen (3,7 %), Ungarn mit 1.102 Personen (3,0 %) und Rumänien mit 1.033 Personen (2,8 %). 17.835 Personen bzw. 48 % lebten Ende 2011 schon mindestens seit 8 Jahren in Deutschland, darunter 4.346 Personen (24 %) mit einer Aufenthaltsdauer von 20 Jahren und mehr. Das Durchschnittsalter aller in Thüringen lebenden Ausländer betrug 34,5 Jahre, darunter das der Männer 35 Jahre und das der Frauen 33,9 Jahre. 15.538 Personen (42 %) der ausländischen Bevölkerung waren verheiratet und 15.501 Personen (42 %) ledig. Von den verheirateten ausländischen Personen lebten 6.882 (44 %) mit einem deutschen Ehepartner zusammen. Quelle: Pressemitteilung Thüringer Landesamtes für Statistik, 085/2012

Thüringer Innenminister übergibt Bewilligung für TraBi

Auf dem symbolischen Scheck stand die Hälfte des Geldes, das „Trabi 2020“ kostet – ein Migrationsprojekt des Zentrums für Integration und Migration Erfurt. Die andere Hälfte kommt vom Europäischen Integrationsfonds. Innenminister Jörg Geibert übergab das Geld bzw. den Scheck im April. Und „Trabi 2020“ hat nichts mit dem unvergessenen Auto zu tun, sondern bedeutet „Transfer und Bildung“ und die Zahl 2020 besagt, dass es sich um weitergehendes Projekt handelt. „Es soll ein Projekt sein, das Zukunft hat und ist bisher einzigartig in Deutschland“ erklärte Beate Tröster, die Chefes des Zentrums. „Trabi 2020“ ist ein völlig neues Bildungsprojekt. Es ist praxiswirksam und lokal abgestimmt, es stärkt die Integrationsfähigkeit der Teilnehmer und richtet sich an alle Altersgruppen, die bereits einen Integrationskurs absolviert haben. Grundlage ist die Bildung. Viele der Migranten müssen als erstes die deutsche Sprache so lernen, dass sie Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.



Es wird über die Bildungsmöglichkeiten in Deutschland informiert, die selbstständigen Erkundungen werden gefördert und es gibt ein Bewerbungstraining. Das ist nur ein kleiner Teil dessen, was „Trabi“ macht. Der Start des Bildungsprojektes ist in Erfurt und soll danach in vier weiteren Städten fortgeführt werden. „Das ist der Startschuss für das Projekt und es wurde bisher schon gute Arbeit geleistet“, sagte Minister Jörg Geibert. „Ich bin sicher, dass es professionell gemacht wird und bin gespannt, wie es weiter läuft. Die Beiden hier sprechen auf alle Fälle besser deutsch als ich jemals spanisch“, schloss Jörg Geibert mit dem Blick auf zwei junge Migranten aus Mexiko. Wer mehr über das Zentrum und das Projekt wissen will, erfährt es im Internet unter www.integration-migration-thueringen.de. Quelle: Die Hallos Thüringen, www.dtoday.de/erfurt/lokal-nachrichten.html

In dieser Ausgabe:

| | |
|--|---|
| AKTUELLES AUS THÜRINGEN | 1 |
| Thüringer Innenminister übergibt Bewilligung für TraBi | 1 |
| 2011: Mehr ausländische Mitbürger in Thüringen | 1 |
| WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND | 2 |
| Wachsende Zuwanderung aus Südeuropa | 2 |
| Deutlich mehr Einwanderer | 3 |
| Blue-Card kommt im August | 3 |
| Mehr Abschiebungen | 4 |
| Irreguläre Migranten in Deutschland | 4 |
| Portal für ausländische Berufsqualifikation | 4 |
| Integrationskurse: Steigende Nachfrage | 4 |
| Studie zu anonymisierten Bewerbungen | 4 |
| Gute Arbeitsmarktchancen für Migranten | 5 |
| Bundesweite Datenbank: Dolmetscher und Übersetzer | 5 |
| GlobALE NACHRICHTEN | 6 |
| Internationale Umfrage: 630 Mio. wollen auswandern | 6 |
| NEUIGKEITEN DER EU | 6 |
| FÖRDERTÖPFE | 7 |
| Buchempfehlungen - Downloads - Termine | 8 |
| Impressum | 8 |



WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

Wachsende Zuwanderung aus Südeuropa

Immer mehr Griechen, Spanier, Portugiesen und Italiener erwägen, in der Bundesrepublik nach Arbeit zu suchen. Wegen der schwierigen Wirtschaftslage wollen sie ihre Herkunftsländer verlassen. Deutschland wirbt aktiv um gut ausgebildete Arbeitskräfte. Das Goethe-Institut verzeichnete im vergangenen Jahr Rekordzahlen bei den Teilnehmern an Deutschkursen und Prüfungen. Nach Jahren eher konstanter Nachfrage stieg vor allem in Südeuropa die Zahl der Menschen, die Deutsch bei dem Kulturinstitut der Bundesrepublik lernen, so dass die Kapazitäten ausgebaut wurden. Weltweit stieg die Zahl der Deutschlernenden 2011 gegenüber dem Vorjahr um 7,5 % auf 235.000 Menschen. Besonders stark nahm die Zahl in Südeuropa zu, mit Zuwächsen von 10 % (Griechenland), 14 % (Italien), 20 % (Portugal) und 35 % (Spanien). Diese Entwicklung wird auf ein vermehrtes Interesse an der Aufnahme einer Erwerbsarbeit in Deutschland zurückgeführt. Wer Deutsch lernt, hat bessere Chancen auf dem hiesigen Arbeitsmarkt.

Hintergrund: Deutschland ist im Vergleich zu den südeuropäischen Ländern bisher gut durch die weltweite Wirtschaftskrise gekommen. Die Beschäftigung wächst und die Arbeitslosigkeit geht weiter zurück. In einigen Regionen und Branchen lassen sich frei werdende Arbeitsplätze nur schwer besetzen. Die südeuropäischen Länder sind dagegen stärker und anhaltender von der Krise betroffen. Hohe Arbeitslosigkeit und drastische Sparprogramme treffen vor allem Neuzugänge auf dem Arbeitsmarkt – Migranten und junge Menschen, von denen z. B. in Spanien jeder Zweite arbeitslos ist. Unbesetzte Stellen auf der einen Seite – hohe Arbeitslosigkeit auf der anderen: Die Situation erinnert an die Aufbauzeit der Bundesrepublik, in der auf das Ungleichgewicht mit Anwerbeprogrammen vor allem in Südeuropa reagiert wurde. Im Unterschied zu den Arbeitsmigranten der Anwerbezeit (1955-1972) können die Menschen aus den südlichen EU-Staaten heute im Rahmen der europäischen Freizügigkeit selbstständig in Deutschland nach Arbeit suchen. Sie können dabei die Unterstützung der europaweiten Vernetzung der Arbeitsverwaltungen (EURES) in Anspruch nehmen und sich von einem der europaweit 850 EURES-Berater bei der Suche nach offenen Stellen helfen lassen. Zudem organisiert die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der Bundesagentur für Arbeit, die im EURES-Netzwerk mitarbeitet, Informationsveranstaltungen auf Einladung anderer EU-Länder, um über Stellenangebote und Arbeitsbedingungen in Deutschland zu informieren. Dabei fahren zum Teil auch Arbeitgeber mit, die dort Vorstellungsgespräche für konkrete Stellen führen wollen. In letzter Zeit gab es nach Angaben der ZAV eine „deutliche Zunahme“ der Veranstaltungen in Südeuropa. Großes Aufsehen erregte im März eine Aktion der baden-württembergischen Stadt Schwäbisch-Hall (37.500 Einwohner). Sie hatte Ende Januar Journalisten aus Südeuropa eingeladen, damit diese sich die Vorzüge einer Beschäftigung in der Stadt erläutern lassen konnten. Nach dem Besuch wurde ausführlich in den Herkunftsländern berichtet. Die Folge: Allein aus Portugal kamen für die 3.000 offenen Stellen rund 14.000 Bewerbungen. Dabei passten die Bewerber häufig nicht zum Profil der gesuchten Arbeitskräfte. Kritik

Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände. Das baden-württembergische Finanz- und Wirtschaftsministerium empfahl passgenauere Anwerbeaktionen wie eine vom Ministerium organisierte Anwerbetour nach Barcelona („Aktion Nikolaus“). Auf diesem Weg wurde bis Mitte März 34 spanischen Ingenieuren eine Arbeitsstelle in BadenWürttemberg vermittelt. Die Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland, die seit der Ölkrise der 1970er Jahre gestoppt war, erlebt derzeit eine Renaissance, wenn auch unter veränderten Vorzeichen und in bislang viel geringerem Ausmaß. Nicht nur Deutschland, sondern auch z. B. die skandinavischen Länder suchen wieder gezielt im Ausland nach Arbeitskräften. Für Westfinland werden etwa Ärzte und Krankenpfleger, Metallarbeiter und landwirtschaftliche Facharbeiter angeworben. Im Unterschied zur alten Anwerbepolitik werden heute in erster Linie Fachkräfte gesucht, und eine Zuwanderung auf Dauer erscheint als wünschenswert.

Soziale Absicherung: Für EU-Bürger gilt: Wer mindestens drei Monate lang gearbeitet hat, kann bei späterer Arbeitslosigkeit auch Anspruch auf die gleichen Sozialleistungen wie die Bürger des Landes geltend machen. Ob und unter welchen Umständen schon ab dem ersten Tag Anspruch auf Grundsicherungsleistungen (Hartz IV) erhoben werden kann, ist derzeit rechtlich umstritten. Nach einem Urteil des Bundessozialgerichts von Oktober 2010 konnten Arbeitssuchende, deren Staaten dem Europäischen Fürsorgeabkommen beigetreten waren, weitergehende Rechte geltend machen. Staatsangehörige aus 17 Staaten, unter anderem aus Spanien, Portugal, Italien, Griechenland und der Türkei, konnten vom ersten Tag der Meldung als Arbeitssuchende auch einen Antrag auf Grundsicherung stellen. Diese Regelung löste bei einigen die Sorge vor einer Zuwanderung in die Sozialsysteme aus, obwohl von dieser Regelung nur ein verschwindend kleiner Teil der Neuzuwanderer Gebrauch gemacht hatte. Mit einem Vorbehalt zum Europäischen Fürsorgeabkommen und entsprechenden Anweisungen an die Behörden stellte die Bundesregierung Ende Februar im Wesentlichen den vorherigen Zustand wieder her. Dies wurde mit der Notwendigkeit, alle EU-Bürger gleich zu behandeln, begründet. Kritiker wie z. B. der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Ulrich Schneider bezeichneten den Vorbehalt dagegen als „ein europa- und sozialpolitisch fatales Signal“. Im Moment ist die Zuwanderung aus Südeuropa nach Deutschland noch durch ein relativ geringes Ausmaß, aber hohe Zuwächse gekennzeichnet. Während z. B. im Jahresdurchschnitt 2010 rund 1.000 Neuanmeldungen pro Monat aus Griechenland zu verzeichnen waren, wies die Wanderungsstatistik im November 2011 – dem Monat mit den aktuellsten vorliegenden Zahlen – 3.100 Zugezogene aus. Aus Spanien hatten sich die Novemberzuzüge im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2010 verdreifacht (2.577 Zuzüge im November 2011, 888 monatlich im Jahresdurchschnitt 2010). Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus Südeuropa steigt seit 2010 wieder an, nachdem zuvor langfristig Rückgänge zu verzeichnen waren. Allerdings sind die Zuwächse bei Bürgern aus Osteuropa, insbesondere aus Polen und Rumänien deutlich höher. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung rechnet in seiner Prognose für 2012 mit einer Nettozuwanderung von insgesamt rund 200.000 Personen – etwas weniger als 2011 (ca. 240.000), aber deutlich mehr als im Durchschnitt der letzten Jahre. Dr. Dita Vogel, Sozialwissenschaftlerin, Netzwerk Migration in Europa
Weitere Informationen: www.schwaebischhall.de, www.iab.de, <http://ec.europa.eu/eures/> Quelle: Migration und Bevölkerung 03/2012

WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

Deutlich mehr Einwanderer

Fast eine Million Menschen sind im Jahr 2011 nach Deutschland zugezogen, so viele wie seit 15 Jahren nicht mehr. Die meisten Einwanderer kamen aus Polen, Rumänien, Bulgarien und Ungarn.

Im vergangenen Jahr sind 958.156 Personen nach Deutschland zugezogen, 159.874 bzw. 20 % mehr als im Vorjahr. Dies geht aus den vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) zu den Wanderungsbewegungen von und nach Deutschland hervor, die Mitte Mai veröffentlicht wurden. Da die Zahlen der Fortzüge im vergangenen Jahr mit 678.949 nur geringfügig über denen des Vorjahres lagen (2010: 670.605, +1,2 %), ergibt sich für 2011 ein Wanderungsüberschuss von 279.207 Personen (2010: 127.677). Dies entspricht einer Steigerung von knapp 120 %. 2011 lagen sowohl die Zuwanderungszahl als auch der Wanderungssaldo so hoch wie seit 1996 nicht mehr. Fast zwei Drittel der Zuwanderung (65 %) entfielen wie im Vorjahr auf vier Bundesländer: Nordrhein-Westfalen (167.000 Personen), Bayern (159.000 Personen), Baden-Württemberg (142.000 Personen) und Hessen (84.000 Personen). Die positive Entwicklung der Zuzüge ist hauptsächlich auf eine verstärkte Zuwanderung von Ausländern zurückzuführen (2011: 841.682; 2010: 683.530). Das entspricht einem Anstieg um 158.152 Personen bzw. 23 %. Die Zahl der Zuzüge von Spätaussiedlern und Deutschen aus dem Ausland blieb fast konstant (2011: 116.474; 2010: 114.752, +1,5 %). Unter Berücksichtigung der Abwanderung verzeichneten die Behörden insgesamt einen Wanderungsüberschuss bei Ausländern von 302.855 bzw. +96,8 % und einen leichten Wanderungsverlust deutscher Staatsangehöriger (-23.648, -9,9 %). Die Zuwanderung von Ausländern nahm vor allem aus dem EU-Raum zu. Die Behörden verzeichneten im vergangenen Jahr 542.180 zugezogene Personen aus EU-Mitgliedstaaten (404.459, +34,1 %). Aus Nicht-EU-Ländern wanderten im vergangenen Jahr 299.502 Personen zu (+20.432, +7,3 %). Insbesondere aus den von der Finanz- und Schuldenkrise betroffenen EU-Mitgliedstaaten Griechenland und Spanien stieg die Zuwanderung deutlich an. Aus Griechenland kamen 23.779 Personen (+11.257, +89,9 %) und aus Spanien 20.672 Personen (+7.065, +51,9 %). Ebenfalls stark zugenommen haben die Zuzüge aus den osteuropäischen Staaten, für die im vergangenen Jahr die letzten Zugangsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt weggefallen sind. Besonders stark wuchsen die Zuzüge von Polen mit 163.412 (+48.686, +42,4 %) und von Ungarn mit 41.134 (+11.914, +40,8 %). Obwohl für Rumänien und Bulgarien (EU-2-Staaten) noch bis Ende 2013 Zugangsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt bestehen, stiegen die Zuzugszahlen auch für diese Herkunftsländer. Bei Rumänien stiegen sie auf 94.706 Personen (+20.854, +28,2 %) und bei Bulgarien auf 51.319 Personen (+12.204, +31,2 %). Aus einer Ende Mai vorgestellten Untersuchung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu Zuwanderungszahlen aus den osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten seit 2005 geht hervor, dass polnische Bürger die größte Einwanderergruppe aus den osteuropäischen Staaten stellen. Ende 2011 lebten fast 470.000 zugewanderte Polen in Deutschland. Auf Platz zwei und drei folgen Zuwanderer aus Rumänien (160.000 Personen) und Bulgarien (94.000). Die Auswertung der monatlichen Nettozuwanderungszahlen lässt erkennen, dass die im

Mai 2011 in Kraft getretene vollständige Freizügigkeit für die EU-8-Staaten in den Folgemonaten deutliche Effekte hatte. Während die Zuwanderung aus EU-8- und EU-2-Staaten bis Mai 2011 ähnlich verlief, wurden zwischen Mai und Dezember 2011 deutlich höhere Zuwanderungszahlen für die EU-8-Staaten als für Rumänien und Bulgarien verzeichnet. Man könne dennoch nicht von einer Massenzuwanderung nach Deutschland seit Mai 2011 sprechen, heißt es in der Studie. Die neuen EU-Beitrittsländer seien bereits seit einigen Jahren bedeutende Herkunftsländer. In der Studie wird zwar davon gesprochen, dass sich die wirtschaftliche Situation in den osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten seit Aufnahme in die EU verbessert habe, es bleibt aber zu vermuten, dass die Zuwanderung aus diesen Staaten „weiterhin hoch sein wird“, solange gravierende wirtschaftliche Unterschiede zwischen den Staaten bestehen.

Weitere Informationen: www.destatis.de, www.bamf.de

Quelle: Migration und Bevölkerung 05/2012

Wichtigste Herkunftsländer 2011

| Land | absolut | in % |
|------------------|----------------|--------------|
| Polen | 172 674 | 18,0 |
| Rumänien | 95 479 | 10,0 |
| Bulgarien | 51 612 | 5,4 |
| Ungarn | 41 980 | 4,4 |
| Italien | 32 868 | 3,4 |
| USA | 32 089 | 3,3 |
| Türkei | 31 021 | 3,2 |
| Spanien | 28 140 | 2,9 |
| Griechenland | 25 264 | 2,6 |
| Frankreich | 20 911 | 2,2 |
| Insgesamt | 958 156 | 100,0 |

Quelle: Destatis 2012

Blue-Card kommt im August

Die Blue-Card-Regelung zur Anwerbung ausländischer Fachkräfte wird zum 1. August in Kraft treten. Dies kündigte Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) Anfang Juni in Berlin an. Das Ende April vom Bundestag beschlossene Gesetz sieht die erleichterte Zuwanderung von Akademikern aus Nicht-EU-Ländern vor. Voraussetzungen für den Erhalt einer „Blauen Karte EU“ sind ein Hochschulabschluss und ein Arbeitsvertrag mit einem Jahresbruttogehalt von mindestens 44.800 Euro. Bislang lag diese Mindestgrenze bei 66.000 Euro. Für Branchen, in denen der Fachkräftemangel besonders groß ist, wurde die Gehaltsschwelle sogar auf 34.900 Euro abgesenkt. Zu diesen Berufen zählen Ärzte, Ingenieure, IT-Fachkräfte und Mathematiker. Die Blaue Karte beinhaltet jedoch kein automatisches Daueraufenthaltsrecht. Erst wenn der Inhaber auch nach drei Jahren Aufenthalt in Deutschland weiterhin über einen Arbeitsvertrag mit dem entsprechenden Mindestgehalt verfügt, erhält er eine unbefristete Niederlassungserlaubnis. www.bundestag.de

Quelle: Migration und Bevölkerung 05/2012

WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

Portal für ausländische Berufsqualifikation

Ein neues Informationsportal soll in Zukunft die Bewertung ausländischer Berufsqualifikationen erleichtern. Bis zum 31. März hatten nur wenige Personengruppen mit ausländischen Berufsabschlüssen Zugang zu einem Verfahren zur Bewertung ihrer Qualifikationen. Mit dem Inkrafttreten des „Gesetzes zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ zum 1. April wird der Rechtsanspruch ausgeweitet.

Das BQ-Portal ist ein wichtiger Baustein, um die Bewertung ausländischer Abschlüsse zu verbessern und unterstützt Personen mit ausländischem Berufsabschluss bei der Anerkennung ihrer Qualifizierung. Das Portal enthält Länder- und Berufsprofile sowie Angaben über ausländische Berufsbildungssysteme und -qualifikationen. Bisher waren solche Infos nicht zentral und in systematisierter Form zugänglich. www.bq-portal.de

Quelle: metall Zeitung April 2012

Irreguläre Migranten in Deutschland

In Deutschland leben vermutlich zwischen 100.000 und 400.000 irreguläre Migranten – so eine Schätzung, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Rahmen einer Studie Mitte März veröffentlicht hat. Die Datenlage im Bereich der irregulären Migration gilt als schwierig. Amtliche Statistiken können nur wenig Auskunft geben, da Personen in der Illegalität normalerweise keinen Behördenkontakt haben. Methodisch fundierte Berechnungen können jedoch einen „Korridor“ ermitteln, in dem sich die Zahl der irregulären Migranten mit hoher Wahrscheinlichkeit befindet. Eine solche Schätzung führten nun Wissenschaftler im Auftrag des BAMF mit Daten für das Jahr 2010 durch. Die BAMF-Studie verschafft auch einen Gesamtüberblick über politische Ansätze, Rechtsgrundlagen und praktische Maßnahmen, mit denen die Behörden in Deutschland dem Phänomen der irregulären Migration begegnen.

Quelle: Migration und Bevölkerung 03/2012

Mehr Abschiebungen

Die Zahl der Abschiebungen aus Deutschland ist 2011 im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (Drs. 17/8834) von Anfang März hervor. Demnach wurden im vergangenen Jahr 7.917 Ausländer aus der Bundesrepublik abgeschoben (2010: 7.558, +4,7 %). Im Jahr 2000 waren es noch über 35.000 Personen, danach ist die Zahl kontinuierlich gesunken. Unter den 2011 Abgeschobenen waren 953 serbische Staatsbürger, 527 Kosovaren und 476 Mazedonier. Dabei handelte es sich zum großen Teil um Roma. Ebenfalls abgeschoben wurden 569 Türken, 371 Vietnamesen und 248 Ukrainer. Menschenrechtsorganisationen kritisierten, dass auch in politisch instabile Länder wie

Afghanistan (225), Irak (108) und Syrien (57) abgeschoben wurde. Zusätzlich gab es 3.378 Zurückweisungen und 5.281 Zurückschiebungen an deutschen Flughäfen sowie an den Land- und Seegrenzen. www.bundestag.de

Quelle: Migration und Bevölkerung 03/2012

Integrationskurse: Steigende Nachfrage

Die Teilnehmerzahl bei den Integrationskursen ist wieder leicht gestiegen. Auch die Zahl der erfolgreichen Kursabschlüsse entwickelte sich positiv. Das gab das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Mitte Mai bekannt. Im vergangenen Jahr nahmen rund 100.000 Personen an einem Integrationskurs teil (2010: 89.000, 2009: 116.000). Die meisten Teilnehmer waren mit 14.372 auch 2011 wieder Türken (2010: 12.088). An zweiter Stelle lagen eingebürgerte Menschen mit Migrationshintergrund (8.324, 2010: 7.993). 5.947 Teilnehmer waren Polen (2010: 3.178). Die erfolgreichen Abschlüsse bei der Sprachprüfung sind im zweiten Halbjahr 2011 von 50 % im Jahr 2010 auf 56 % gestiegen. Mit dem Sprachtestzertifikat bekommen die Teilnehmer fortgeschrittene Deutschkenntnisse bescheinigt. Am Ende des Orientierungskurses, in dem Basiswissen zu deutschen Werten, Gesetzen und deutscher Kultur vermittelt wird, steht ebenfalls eine Prüfung, die 2011 rund 93 % bestanden haben (2010: 92 %). Integrationskurse werden seit Anfang 2005 von mehr als 1.300 Trägern im gesamten Bundesgebiet angeboten. www.bamf.de

Quelle: Migration und Bevölkerung 05/2012

Studie zu anonymisierten Bewerbungen

Frauen und Migranten haben bei anonymisierten Bewerbungsverfahren bessere Chancen, zu einem persönlichen Gespräch eingeladen zu werden, als in herkömmlichen Verfahren. Zu diesem Ergebnis kommt eine Mitte April im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes vorgestellte Studie. Die Untersuchung basiert auf einem Pilotprojekt, an dem sich vier weltweit tätige Konzerne, drei öffentliche Verwaltungen und ein mittelständisches Unternehmen beteiligt hatten. Zwischen November 2010 und Dezember 2011 wurden insgesamt 8.550 Bewerbungen anonymisiert eingesehen. Erst nach der Entscheidung, ob ein Bewerber zu einem Gespräch geladen wird, waren die persönlichen Daten – etwa Name, Geschlecht, Nationalität, Alter und Foto – einsehbar. Die Autoren der Studie schlussfolgern, dass nach der Einführung anonymisierter Bewerbungsverfahren überwiegend eine gleiche Einladungswahrscheinlichkeit herrscht. Somit sei das anonymisierte Bewerbungsverfahren ein wichtiger Baustein, um Diskriminierungen in der ersten Phase der Personalauswahl entgegenzutreten. www.antidiskriminierungsstelle.de

Quelle: Migration und Bevölkerung 04/2012

WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

Gute Arbeitsmarktchancen für Migranten

Einer europaweiten Studie zufolge ist die Arbeitsmarktsituation von Einwanderern in Berlin und Stuttgart besser als in vielen anderen europäischen Städten.

Studie: Im Rahmen der von der Brüsseler Migration Policy Group (MPG) koordinierten Studie „Immigrant Citizens Survey“ wurden zwischen Oktober 2011 und Januar 2012 europaweit rund 7.000 Einwanderer zu ihren persönlichen Integrationserfahrungen befragt. Die Untersuchung konzentrierte sich auf 15 Städte in insgesamt sieben EU-Mitgliedsländern. Neben Deutschland (Berlin und Stuttgart) waren dies Belgien (Antwerpen, Brüssel, Lüttich), Frankreich (Lyon, Paris), Ungarn (Budapest), Italien (Mailand, Neapel), Portugal (Faro, Lissabon) und Spanien (Barcelona, Madrid). Für Stuttgart und Berlin koordinierte der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) die Befragung. Insgesamt wurden in den beiden Städten 1.200 Interviews mit Zuwanderern aus Nicht-EU-Staaten geführt. Dabei wurden die Migranten zu ihren Erfahrungen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Spracherwerb, politische Partizipation, Aufenthaltsrecht, Einbürgerung und Familienzusammenführung befragt. Insbesondere hinsichtlich der Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern kam die Untersuchung im europäischen Vergleich zu bemerkenswerten Ergebnissen.

Arbeitsmarktintegration: Die Integration auf dem Arbeitsmarkt gehört zu den Schlüsselfaktoren in Bezug auf gesellschaftliche Teilnahmekancen nicht nur von Zuwanderern. Studien u. a. der OECD haben in der Vergangenheit immer wieder auf die unzureichende Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern in Deutschland hingewiesen. Die Ergebnisse des „Immigrant Citizens Survey“ legen jedoch nahe, dass Migranten in Deutschland bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben als in anderen EU-Mitgliedstaaten.

Schwierigkeiten bei der Jobsuche: Während in Brüssel, Lyon und Neapel rund 70 % der Befragten angaben, Probleme bei der Arbeitsplatzsuche gehabt zu haben, war dies in Berlin und Stuttgart nur bei 36 % bzw. 41 % der Fall. Damit schnitten die deutschen Städte neben Budapest (41 %) am besten ab. Am schwersten hatten es Zuwanderer, in den portugiesischen Metropolen Faro (83 %) und Lissabon (79 %) sowie im italienischen Mailand (79 %), einen Job zu finden. Als Probleme bei der Suche nach einer Arbeitsstelle nannten die befragten Zuwanderer u. a. mangelnde Arbeitsplatzsicherheit, Diskriminierungserfahrungen, Sprachschwierigkeiten und die fehlende Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Qualifikationen. In allen untersuchten Städten sind diese Probleme unterschiedlich stark ausgeprägt. In Berlin wurden befristete Verträge, Diskriminierung durch Arbeitgeber sowie Schwierigkeiten bei der Qualifikationsanerkennung als Hauptprobleme genannt. Auch in Stuttgart zählen unzureichende Arbeitsplatzsicherheit und Diskriminierungserfahrungen zu den drei am häufigsten genannten Hürden bei der Jobsuche. Daneben verweisen 25 % der Befragten auf Sprachschwierigkeiten. Diese zählen auch in Antwerpen (35 %), Budapest (32 %), Lissabon (45 %) und Faro (63 %) zu den meistgenannten Problemen in Bezug auf die Arbeitsmarktintegration.

Qualifikationsniveau: Zuwanderer finden sich häufig in Tätigkeitsbereichen wieder, die ihr Qualifikationsniveau

unterschreiten. Dies ist einerseits für die Zuwanderer selbst eine Quelle der Unzufriedenheit. Andererseits gelingt es so auch den sie aufnehmenden Volkswirtschaften nicht, das Potenzial der Migranten hinreichend auszuschöpfen. Dies ist im Kontext des demographischen Wandels und des zunehmenden Fachkräftemangels in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt. In Stuttgart und Berlin dagegen finden Migranten besonders häufig einen Job, der ihren Qualifikationen entspricht. Nur 13 % der Befragten in Stuttgart und 18 % in Berlin fühlen sich für ihre aktuelle Tätigkeit überqualifiziert. In den meisten anderen untersuchten Städten sind es nahezu doppelt so viele. Am schlechtesten schnitten hier Neapel und Mailand ab. In beiden Städten gab die Mehrheit der Befragten an, in einem Job unterhalb ihres Qualifikationsniveaus zu arbeiten.

Anerkennung ausländischer Qualifikationen:

Auffällig ist, dass nur rund 40 % der befragten Zuwanderer in Stuttgart und Berlin im Vorfeld der Untersuchung versucht hatten, ihre im Ausland erworbenen Qualifikationen anerkennen zu lassen. Ein ähnliches Bild zeichnet sich auch in den anderen untersuchten Städten ab. Besonders gering war die Zahl derjenigen, die eine Qualifikationsanerkennung anstrebten, in Italien (in beiden Städten unter 10 %). Für Deutschland haben Untersuchungen ergeben, dass sich die Möglichkeiten der Arbeitsmarktintegration deutlich verbessern, wenn deren Gleichwertigkeit mit einem deutschen Berufs- oder Bildungsabschluss bescheinigt wird. Allerdings ist in der Vergangenheit immer wieder auf das intransparente Anerkennungssystem in Deutschland hingewiesen worden. Das im April 2012 in Kraft getretene „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ soll die Situation transparenter machen.

Einschätzung: Die Ergebnisse der Studie sind mit Vorsicht zu betrachten. Da gezielt die Städte Berlin und Stuttgart untersucht wurden, die engagierte kommunale Integrationspolitiken betreiben, können die Ergebnisse nicht ohne Weiteres auf ganz Deutschland übertragen werden. Im Gegensatz zu Spanien, Portugal oder Italien leidet Deutschland zudem derzeit nicht unter drastischen Konjunkturerinbrüchen und hoher Arbeitslosigkeit. Von der positiven Arbeitsmarktsituation hierzulande profitieren auch Migranten. Ob es sich bei der positiven Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern daher nur um eine Momentaufnahme handelt oder doch um einen langfristigen Trend, bleibt abzuwarten. Ferner sind Zuwanderer in Deutschland am Arbeitsmarkt immer noch benachteiligt. Sie weisen nach wie vor niedrigere Erwerbsquoten auf als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. *Vera Hanewinkel, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Universität Osnabrück*

Weitere Informationen:

www.immigrantsurvey.org, www.svr-migration.de

Quelle: Migration und Bevölkerung 05/2012

Bundesweite Datenbank: Dolmetscher und Übersetzer

Der Bund der Dolmetscher und Übersetzer bietet eine Datenbank an für die Suche nach Dolmetscher/innen und Übersetzer/innen: Die Internetseite lautet: www.bdue.de
Quelle: Info Flüchtlingsrat Thüringen vom 16.05.2012

GLOBALE NACHRICHTEN

Internationale Umfrage: 630 Mio. wollen auswandern

Mehr als jeder achte Erwachsene würde gern dauerhaft auswandern. Jeder Vierte kann sich vorstellen, vorübergehend in einem anderen Land zu arbeiten. Das US-amerikanische Meinungsforschungsinstitut Gallup hat zwischen 2009 und 2010 in einer repräsentativen Umfrage in 146 Ländern Interviews mit mehr als 400.000 Personen geführt. Unter dem Titel „The Many Faces of Migration“ wurden die Ergebnisse bereits Ende Dezember 2011 vorgestellt und in Kooperation mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) veröffentlicht. In Deutschland blieben die Ergebnisse bislang unbeachtet. **Dauerhafte Auswanderung:** Der Umfrage zufolge würden 14 % aller Befragten weltweit gern dauerhaft in ein anderes Land auswandern. Rechnet man dies auf die Gesamtbevölkerungen der erhobenen Länder hoch, wären dies etwa 630 Mio. Menschen. Diese Zahl ist knapp dreimal so groß, wie die der derzeit etwa 214 Mio. internationalen Migranten, die es nach Angaben der Vereinten Nationen 2010 gab. Bei einer Gallup-Umfrage von 2007/08 waren es noch 700 Mio. potenzielle Migranten. Am höchsten war der Anteil der Wanderungswilligen im subsaharischen Afrika, wo 33 % angaben, permanent auswandern zu wollen. In den arabischen Ländern waren es 21 %. Auswanderungswillig sind vor allem unterbeschäftigte und jüngere Menschen. Auch transnationale soziale Netzwerke spielen eine entscheidende Rolle bei dem Wunsch nach Auswanderung. So war der Auswanderungswunsch bei Personen, die Kontakte in anderen Ländern haben, mit 30 % deutlich stärker ausgeprägt als bei Personen ohne solche Kontakte (11 %). Die attraktivsten Zielländer waren die USA (23 %, ca. 145 Mio.), Kanada, Australien, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Spanien (jeweils mindestens 25 Mio.). In ein Land der Europäischen Union wollten hochgerechnet 178 Mio. auswandern, davon 36 Mio. aus einem anderen EU-Mitgliedstaat. Der überwiegende Teil der potenziellen Migration geht von ärmeren in reichere Länder.

Konkrete Pläne: Jedoch nur etwa 1 % aller Befragten (hochgerechnet 48 Mio.) wollte in den nächsten zwölf Monaten auswandern. Und nur 0,4 % (19 Mio.) hatte bereits mit konkreten Planungen begonnen, etwa mit der Beantragung von Visa oder dem Kauf von Flugtickets. Als Gründe für diese Diskrepanz führen die Autoren zum einen mangelnde Ressourcen, gesundheitliche Probleme oder familiäre Bindungen der potenziellen Migranten an. Zum anderen halte die restriktive Migrationspolitik der Zielstaaten viele von konkreten Planungen ab. **Temporäre Migration:** Nicht alle potenziellen Migranten wollen ihr Land dauerhaft verlassen, wie eine separate Umfrage von über 141.000 Personen in 119 Ländern in den Jahren 2009/10 ergab. Demnach gaben 26 % an, vorübergehend in einem anderen Land arbeiten zu wollen. Dies entspräche rund 1,1 Mrd. Menschen. Auch hier wollten Personen aus dem subsaharischen Afrika am häufigsten wandern (49 %). Auf dem amerikanischen Doppelkontinent waren es 37 %. Der Bericht enthält auch Informationen zur Lebenssituation von bereits Ausgewanderten, zu Rücküberweisungen und zur Klimamigration.

Weitere Informationen: www.publication.iom.int,
www.gallup.com

Quelle: Migration und Bevölkerung 03/2012

NEUIGKEITEN DER EU

Steigende Asylbewerberzahlen

2011 wurden laut Eurostat in der EU27 301.000 Asylbewerber registriert (2010: 259.000). Die meisten Bewerber kamen aus Afghanistan, Russland, Pakistan, dem Irak und Serbien. Die höchsten Asylbewerberzahlen verzeichnete Frankreich (56.300 Bewerber), gefolgt von Deutschland (53.300), Italien, Belgien, Schweden und dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden, Österreich, Griechenland und Polen. Auf diese zehn Mitgliedstaaten entfallen mehr als 90% der Bewerber, die in der EU 2011 registriert wurden. Im Vergleich zur Bevölkerung wurden die höchsten Asylbewerberquoten in Malta (4.500 Bewerber pro Million Einwohner), Luxemburg, Schweden, Belgien und Zypern verzeichnet. Drei Viertel der Entscheidungen in erster Instanz wurden abgelehnt.

Quelle: EU KOMP@KT 8-2012

Migration, Asyl und Freizügigkeit

Die EU-Kommission hat am 1. Juni 2012 einen Bericht über die Entwicklung in den Bereichen Einwanderung und Asyl für das Jahr 2011 vorgelegt. Begleitet wurde der Bericht von einem Eurobarometer zur Einstellung europäischer Bürger zur grenzübergreifenden Mobilität, Migration und Sicherheit. Bereits am 15. Mai 2012 hatte die Europäische Grenzschutzagentur FRONTEX ihre jährliche Risikoanalyse vorgestellt. Seit 2009 ist ein Anstieg illegale Grenzübertritte um 35% auf nunmehr ca. 140.000 zu verzeichnen. Die Gründe sind vor allem in den Umbrüchen in Nordafrika zu sehen. Zudem ist ein starker Anstieg bei Einreiseversuchen mit gestohlenen oder gefälschten Papieren zu verzeichnen. Auch die grenzüberschreitende Kriminalität hat zugenommen. Der Bericht warnt daher vor Einsparungen bei der Grenzüberwachung.

Quelle: EU KOMP@KT 11-2012

Integration der Roma

Die EU-Kommission hat die EU-Mitgliedstaaten in einer Mitteilung am 21. Mai 2012 aufgefordert, ihre nationalen Strategien zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Integration der 10 bis 12 Millionen in Europa lebenden Roma besser umzusetzen. Es müsse noch viel mehr getan werden, was die Bereitstellung von Finanzmitteln, die Einführung von Erfolgskontrollen und die Bekämpfung von Diskriminierung und Segregation anbelangt. Die nationalen Strategien wurden als Antwort auf den EU-Rahmen der Kommission zur Integration der Roma erarbeitet, der am 5. April 2011 verabschiedet worden ist. Am 4. Oktober 2012 sollen in Budapest unter Schirmherrschaft des EU-Kommissars Andor die erfolgreichsten Projekte zur Integration der Roma ausgezeichnet werden. Hierfür ruft das Netzwerk „Bürgermeister machen das Beste aus dem EUFonds für die soziale Eingliederung der Roma“ Städte und Gemeinden dazu auf, bis zum 15. Juni 2012 Projekte als „best practice“-Beispiele vorzuschlagen.

Quelle: EU KOMP@KT 11-2012

FÖRDERTÖPFE

„Erfolgsgeschichten“ - Jugendwettbewerb der Deutschen Islam Konferenz

Viel zu oft wird pauschal über "den Islam" in Deutschland debattiert. "Die Muslime" werden so zu einer Masse ohne Gesichter. Einzelne Personen verschwinden in der Debatte und bleiben unsichtbar. Um ihnen ein Gesicht zu geben und auf diese Weise erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt von Musliminnen und Muslimen zu fördern und zu honorieren, hat Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich den Jugendwettbewerb der Deutschen Islam Konferenz (DIK) "Erfolgsgeschichten" gestartet.

Jugendliche im Alter zwischen 14 und 26 Jahren sind aufgerufen, **bis zum 31. August 2012** eine erfolgreiche muslimische Person mit spannender Karriere zu porträtieren. In den Kategorien Text, Fotostrecke und Video haben sie die Möglichkeit zu skizzieren, wie das Umfeld zum Erfolg der Person beiträgt und aufzuzeigen, inwiefern Glaube oder muslimische Identität mit dem Erfolg im Beruf zu tun haben - oder auch nicht.

Beim Startschuss für den Wettbewerb auf der Plenarsitzung der DIK betonte der Bundesinnenminister, dass er schon sehr gespannt sei auf die Einsendungen. Der Jugendwettbewerb bietet Jugendlichen die Gelegenheit, ihre kreative Arbeit einem breiten Publikum vorzustellen, sich Gehör zu verschaffen und damit einen wertvollen Beitrag zur Integrationspolitik zu leisten.

Eine Expertenjury, wählt die Gewinner aus. Diese erhalten 1.000 Euro und zusätzlich die Möglichkeit, ein Praktikum in einer Redaktion (Print, Online oder TV) zu absolvieren. Die besten Beiträge werden auf der Website der DIK veröffentlicht. Die Zusammensetzung der Jury und weitere Informationen finden Sie unter: www.deutsche-islam-konferenz.de

Quelle:

Referat 312

Religiöse, weltanschauliche und kulturelle Aspekte der Integration
Geschäftsstelle Deutsche Islam Konferenz

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Frankenstraße 210, 90461 Nürnberg

Telefon: 0911-943-6902

Fax: 0911-943-5299

E-mail: melek.uenal@bamf.bund.de

Integration durch Musik

Mit der "Ideeninitiative 'Integration durch Musik'" möchte die Liz Mohn Kultur- und Musikstiftung das Miteinander von Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund fördern. **Bis zum 15. August 2012** sind deutschlandweit wieder Institutionen, Vereine, Verbände, Stiftungen sowie individuelle Initiativen und Akteure mit gemeinnütziger Zielsetzung eingeladen, musisch orientierte Projekte für eine erfolgreiche Integration von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln. Die Umsetzung von maximal 15 der eingereichten Projektanträge

unterstützt die "Ideeninitiative 'Integration durch Musik'" mit jeweils bis zu 5.000 Euro. Machen Sie mit! Angaben zum Bewerbungsverfahren und das Formular für Projektanträge finden Sie unter www.kultur-und-musikstiftung.de/64_65.htm
Quelle:

Liz Mohn Kultur- und Musikstiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256 | 33311 Gütersloh |

Telefon: +49 5241 81-81109 | Fax: +49 5241 81-681533

E-Mail: azubi@kultur-und-musikstiftung.de

Kultur macht stark

"Kultur macht stark." Unter diesem Motto fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung ab 2013 außerschulische Angebote der kulturellen Bildung für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Gefördert werden beispielsweise Ferienfreizeiten und Sommerakademien mit kulturellem Bezug, Musik- und Theaterinszenierungen oder Paten- und Mentorenprogramme, bei denen junge Menschen an Kunst, Musik, Literatur oder die neuen Medien herangeführt werden.

"Gute Bildung für alle - das ist nicht allein eine Aufgabe des Staates, sondern der ganzen Gesellschaft", sagt Bundesbildungsministerin Annette Schavan. "Wir brauchen eine breite Bewegung für bessere Bildungschancen und werden deshalb Vereine, Verbände und zivilgesellschaftliche Gruppen vor Ort zusammenführen. So werden überall in Deutschland Bündnisse ins Leben gerufen, die sich um bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche kümmern."

Im Rahmen der Förderrichtlinie "Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung" fördert das BMBF außerschulische Angebote vor allem aus dem kulturellen Bereich. Junge Menschen werden in ihrer Persönlichkeitsentwicklung unterstützt, ihr Selbstbewusstsein wird gestärkt. Sie erfahren persönliche Wertschätzung und erleben, was es bedeutet, etwas bewegen zu können und gebraucht zu werden. So werden sie dazu ermutigt, ihr eigenes Leben selbst in die Hand zu nehmen.

Mit dem neuen Programm des BMBF wird eine weitere Vereinbarung des Koalitionsvertrages von 2009 umgesetzt. Dieser sieht die Förderung von lokalen Bildungsbündnissen vor, in denen sich zivilgesellschaftliche Akteure zusammenschließen, um Kinder und Jugendliche bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu unterstützen.

Die Förderung beginnt 2013 und erstreckt sich über einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren. 2013 stellt das BMBF dafür 30 Millionen Euro zur Verfügung. Für die Folgejahre ist eine Steigerung auf bis zu 50 Millionen Euro geplant.

Ein lokales Bündnis für Bildung soll vor Ort aus wenigstens drei Kooperationspartnern bestehen, die sich aus unterschiedlicher Perspektive um junge Menschen kümmern. Dies können beispielsweise Volkshochschulen, Bibliotheken, Chöre, Musik- und Theatergruppen oder auch andere Vereine sein. Die Förderung der lokalen Bündnisse für Bildung erfolgt über bundesweite Verbände und Initiativen, die sich **bis zum 31. Juli** mit Konzepten um eine Beteiligung an dem Förderprogramm bewerben können.

Weitere Informationen unter www.bmbf.de oder unter www.buendnisse-fuer-bildung.de

Quelle: BMBF, Pressemitteilung 058/2012

Buchempfehlungen - Downloads - Termine

BÜCHER

Gudrun Biffl, Nikolaus Dimmel (Hg.): **Migrationsmanagement**. 2011, Bad Vöslau, 69 Euro. ISBN 978-3-9502888-4-1, Band 1 der gleichnamigen Reihe.
www.migrationsmanagement.org
Quelle: Migration und Bevölkerung 03/2012

Pitt von Bebenburg, Matthias Thieme: **Deutschland ohne Ausländer. Ein Szenario**. 2012, Redline Verlag, München, 19,99 Euro, ISBN 978-3-86881338-8.
www.m-vg.de

Gabriele Berkenbusch, Vasco da Silva und Katharina von Helmolt (Hg.): **Migration und Mobilität aus der Perspektive von Frauen**. 2012, ibidem-Verlag, 29,90 Euro, ISBN 978-3-8382-0156-6. www.ibidemverlag.de

Quelle: Migration und Bevölkerung 05/2012

Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück (Hrsg.): Kurzdossier Nr. 17: **Aus der Heimat in die Heimat? Die Abwanderung hochqualifizierter türkeistämmiger deutscher Staatsangehöriger in die Türkei**. Das Kurzdossier widmet sich vor allem der Frage nach den Motiven für die Abwanderung dieser Personengruppe in das Heimatland ihrer Eltern, fragt nach Voraussetzungen für die Integration der Migranten in der Türkei und wirft einen Blick auf Aspekte von Identifikation und (ethnischen) Selbstzuschreibungen. Download: www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/132809/aus-der-heimat-in-die-heimat

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.): **Rechtsextremismus**. Aus Politik und Zeitgeschichte, APuZ 18-19/2012, Bestellnr. 7218, Erscheinungsdatum 27.04.2012, Download: www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2012-1819_online.pdf

Mit der „Entdeckung“ der dreiköpfigen „Zwickauer Terrorzelle“ im November 2011 ist die Diskussion über Rechtsextremismus in Deutschland in eine neue Phase eingetreten.

Quelle: Migration und Bevölkerung 04/2012

VERANSTALTUNG

Europäischer Kongress in Köln: 26. – 28. November

„Werte begründung, Wertebildung und wertegebundenes Handeln in der kulturell, weltanschaulich und religiös offenen Gesellschaft - im Kontext der Praxis von Bildungsarbeit, Seelsorge, Sozialer Arbeit und Wissenschaft“

In unserer Gesellschaft gibt es Gesetze, an die sich jeder zu halten hat; aber es gibt weder eine Staatsreligion, noch eine Ideologie, die für alle verbindlich wären. Die Werte, die unser Leben prägen, gewinnen Menschen aus persönlichen Erfahrungen und der Auseinandersetzung mit den sehr unterschiedlichen religiösen oder auch nichtreligiösen Quellen, Leitideen und Vorbildern, die ihnen jeweils wichtig sind.

Für den Zusammenhalt einer kulturell, weltanschaulich und religiös vielfältigen Gesellschaft ist der Austausch über Werteorientierungen wichtig: Das Teilen gemeinsamer Werte aus unterschiedlicher Motivation kann einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt einer offenen Gesellschaft leisten. Dieser Kongress geht der Frage nach, wie Werteverständigung zwischen Menschen und Gruppen unterschiedlicher Herkunft geschieht: Wie bilden sich Werte? Wie werden sie begründet und wie kommt man zu einem gemeinsamen ethischen Handeln?

Hauptreferenten werden Weihbischof Dr. Heiner Koch, Köln; Oberrabbiner Pinchas Goldschmidt, Moskau; Frau Prof. Dr. Katajun Amirpur, Köln und Prof. DDDr. Clemens Sedmak, Salzburg sein. Der Kongress ist bundesweit und europäisch ausgerichtet und es sind Wissenschaftler/innen und Praktiker/innen aus Seelsorge, Bildungsarbeit und Sozialer Arbeit und Wissenschaft gleichermaßen eingeladen. Träger des Kongresses ist der Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V. mit der Abteilung Integration und Migration. Kooperationspartner sind die Katholische Hochschule NRW, Abt. Köln, das Erzbistum Köln mit dem Referat Dialog und Verkündigung, das Bildungswerk der Erzdiözese Köln e.V. sowie das Zentrum für Islamische Theologie in Münster und die Synagogengemeinde Köln.

In Grundsatzreferaten werden auf dem Kongress Werteorientierungen aus jüdischer, christlicher und muslimischer Perspektive vorgestellt und aus jeweils andersreligiöser Sicht kommentiert. In Workshops an verschiedenen Lernorten (wie Kindergarten, Schule, Hochschule, Jugendzentrum, Stadtteilzentrum, kirchlicher Bildungseinrichtung und Moschee) werden die unterschiedlich religiösen und säkularen Zugänge zu Wertefragen themen- und zielgruppenspezifisch vertieft. Eine Einladung erfolgt ab Juli 2012. Bitte melden Sie Ihr Interesse daran unter Angabe Ihrer Postanschrift, gerne bereits jetzt an bei : christine.kittler@caritasnet.de.

Quelle: Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V., Abteilung Integration und Migration

Zentrum für Integration und Migration des Landeshauptstadt Erfurt

Impressum

Herausgeber:

Internationaler Bund GmbH

Projekt Transfer und Bildung - TraBi 2020

Rosa-Luxemburg-Str. 50

99086 Erfurt

Telefon: 0361 6431535

Fax: 0361 3467666

E-Mail: zim@integration-migration-thueringen.de

Internet: www.integration-migration-thueringen.de

Redaktion: Beate Tröster, Anita Müller

gefördert aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds und durch das Thüringer Innenministerium

